



Bericht aus Berlin

21. Oktober 2022

Liebe Freundinnen und Freunde,

endlich ein Machtwort! Die endlose Hängepartie um den Fortbetrieb der verbliebenen drei deutschen Krenkraftwerke ist beendet. Was die Ampel als Durchbruch verkauft, hat für mich allerdings Züge eines Schmierentheaters. Die Grünen dürfen vor der für die Basis unliebsamen Entscheidung noch eine Landtagswahl und einen Bundesparteitag hinter sich bringen. Die angeschlagene FDP präsentiert sich als Stimme der Vernunft und erringt einen Teilerfolg. Und die SPD? Hatte eigentlich keine Meinung zum für Deutschland so wichtigen Thema. Dafür gibt Olaf Scholz nun den Basta-Kanzler und präsentiert sich in einer neuen Rolle als führungsstarker und entscheidungsfreudiger Regierungschef. Die Dramaturgie erinnert an Vorabendserien, das Ergebnis ist mehr als dürftig. Drei AKW mit den vorhandenen Brennstäben dreieinhalb Monate länger laufen zu lassen, ist ein Minimalkompromiss, der auf Ideologie basiert und nicht auf den Notwendigkeiten der deutschen Energieversorgung. Die einzig vernünftige Lösung wäre gewesen, in der aktuellen Krise jede nur mögliche Energiequelle zu nutzen, um Versorgungssicherheit zu schaffen und die Verbraucher zu entlasten. Das wird überall in Europa getan. Nur Deutschland erlaubt sich mitten in einem internationalen Energiekrieg das Festhalten an aus der Zeit gefallen Beschlüssen, die in der aktuellen Lage selbst eine Greta Thunberg nicht mehr nachvollziehen kann.

Wie können wir da auf Verständnis unserer europäischen Partner und insbesondere Frankreichs hoffen, das erhebliche Probleme mit den eigenen Kraftwerken hat? Zum fahrlässigen Handeln – oder eher Nichthandeln – der Ampelregierung, wenn es um unser aller Energiesicherheit geht, habe ich am Mittwoch auch im Deutschen Bundestag gesprochen. Meine Rede finden Sie auf meiner Homepage unter www.mark-helfrich.de

Mehr auf Außenwirkung als auf Sinnhaftigkeit setzt auch der Scholz'sche Doppelwumms, der in dieser Woche ins Parlament kommt. Mal ehrlich: Wer von uns würde erst eine Summe festsetzen, die er ausgeben will, um sich anschließend zu überlegen, was er dafür kauft? Genau so handelt aber die Regierung: Erst wird eine gewaltige Zahl medienwirksam in den Raum gestellt – Antworten auf die Frage, was im Einzelnen mit den 200 Milliarden Euro denn geschehen soll, bleibt die Ampel allerdings hartnäckig schuldig. Das werden wir als Unionsfraktion nicht mittragen. Wir sehen die Notwendigkeit, Wirtschaft und Verbraucher zu unterstützen. Wir sind bereit, zu investieren und große Summen in die Hand zu nehmen – einen Blankoscheck werden wir der Ampel allerdings nicht ausstellen. Generell zeigt sich hier wieder die Strategie des Finanzministers, erst gewaltige neue Schulden aufzunehmen, um sie anschließend in sogenannte Sondervermögen zu transferieren.



Bericht aus Berlin

21. Oktober 2022

So wird eine riesige Manövriermasse für wie auch immer geartete Vorhaben der Ampel geschaffen, die praktischer Weise in künftigen Haushalten nicht mehr verbucht werden muss. Die zunehmende Zahl von Schattenhaushalten, die den wahren Schuldenstand verschleiern, ist ein Taschenspielertrick, gegen den die Union sich energisch wehren wird. Denn machen wir uns nichts vor: Schulden bleiben Schulden, auch wenn man sie anders nennt. Sie euphemistisch „Sondervermögen“ zu taufen, ist für mich ein PR-Coup, der dringend enttarnt werden muss.

Quizfrage: Wie heißt die Bundesforschungsministerin? Wenn Sie jetzt zögern, grübeln oder einen Telefonjoker brauchen, haben sie eine gute Entschuldigung: Bettina Stark-Watzinger ist bisher nicht durch größere Aktivitäten aufgefallen. Und das in einer Zeit, in der die explodierenden Energiepreise auch für viele Bereiche von Forschung und Wissenschaft zu einer existenziellen Bedrohung werden. Mit unserem Antrag „Entlastungspaket und Notfallfonds einrichten, um Schaden von unserem Wissenschaftssystem abzuwenden“ fordern wir die Bundesregierung auf, diese Tatenlosigkeit endlich zu beenden und den Wissenschaftsstandort Deutschland mit einem breit aufgestellten, durchdachten und wirksamen Krisenmanagement zu sichern. Forschung und Wissenschaft sind ein wichtiger Eckpfeiler für die Zukunft unseres Landes. In diese Zukunft müssen wir investieren – oder um es mit dem unseligen Scholz’schen W-Wort zu sagen: Wir brauchen jetzt dringend einen Wis-

senschafts-Wumms!

In seinem Bericht an die Bundestagsfraktion, den ich Ihnen und Euch in der Anlage übersende, geht der Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz MdB, auf folgende Themen ein:

- Wir stellen der Ampel keinen Blankoscheck aus.
- Entlastungspaket und Notfallfonds einrichten, um Schaden von unserem Wissenschaftssystem abzuwenden

Ihr/Euer
Mark Helfrich



Friedrich Merz MdB, Vorsitzender

Bericht des Vorsitzenden

zur Sitzung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
am 18. Oktober 2022

20. WP/ 21

I. Kernbotschaften der Woche

Wir stellen der Ampel keinen Blankoscheck aus.

In dieser Woche will die Ampelkoalition das **Gesetz zur Änderung des Stabilisierungsfondsgesetzes zur Reaktivierung und Ertüchtigung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds** abschließend beraten. Die Bundesregierung will den Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) reaktivieren, um Maßnahmen zu finanzieren, von denen niemand weiß, wie diese konkret aussehen sollen. Um den Fonds zu befüllen, will sie ein weiteres Mal **Schuldenbremse des Grundgesetzes außer Kraft setzen**. Mit anderen Worten: Bevor klar ist, welche Maßnahmen konkret geplant sind und was sie kosten, soll der Bundestag pauschal einen Blankoscheck über 200 Mrd. Euro ausstellen.

Wir wollen spürbare Entlastungen für die Bürger und Unternehmen. Wir wollen eine Gaspreisbremse und werden dafür mit der Bundesregierung konstruktiv zusammenarbeiten. Aber einen Blankoscheck werden wir nicht ausstellen. Weiterhin ist völlig unklar, wie die Bundesregierung auf 200 Mrd. Euro kommt und wie sich diese konkret auf die einzelnen Maßnahmen verteilen. Der gewählte Finanzierungsweg widerspricht einer soliden Haushaltspolitik. Die Ampel hält an ihrer Strategie fest, in Krisenjahren übermäßige Haushaltspolster anzulegen, um diese dann in den Folgejahren zu nutzen. An der Verfassungsmäßigkeit dieses Vorgehens bestehen erhebliche Zweifel. Aus diesem Grund werden wir dem Gesetz nicht zustimmen.

Entlastungspaket und Notfallfonds einrichten, um Schaden von unserem Wissenschaftssystem abzuwenden.

Deutschland hat eines der leistungsstärksten Wissenschaftssysteme der Welt. In Krisenzeiten schlägt oftmals die Stunde der Wissenschaft. Wissenschaft und Forschung können in Krisenzeiten den Handlungsraum von Politik erweitern. Umso wichtiger ist es, dass die Wissenschaft in der aktuellen

Energiekrise nicht vergessen wird. Die hohen Energiepreise stellen für die Leistungsfähigkeit des Wissenschaftssystems eine existenzielle Bedrohung dar. Überall dort, wo an Zukunft gedacht, geforscht und getüftelt wird, darf nicht der Stecker gezogen werden. Mit unserem Antrag **Entlastungspaket und Notfallfonds einrichten, um Schaden von unserem Wissenschaftssystem abzuwenden** fordern wir die Bundesregierung auf, durch ein aktives Krisenmanagement die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts Deutschland zu sichern. Die bisherige Tatenlosigkeit von Bundesforschungsministerin Stark-Watzinger ist inakzeptabel. Die Bundesregierung muss zügig ein maßgeschneidertes „Entlastungspaket Wissenschaft“ schnüren. Darüber hinaus braucht es einen Notfallfonds für die Wissenschaft, der kurzfristige, bedarfsgerechte und zielgerichtete Hilfen für die Wissenschaft zur Verfügung stellt.

II. Die Woche im Parlament

1. Initiativen unserer CDU/CSU-Fraktion

Die Bundesregierung hat Studenten und Fachschüler in der aktuellen Krise bisher im Regen stehen lassen. Zuerst wurden sie schlicht vergessen. Dann wurde mit dem Entlastungspaket III zwar eine Einmalzahlung von 200 Euro zugesagt, die Abwicklung zieht sich aber weiter hin. Mit unserem Antrag **Studenten und Fachschüler jetzt in der Krise unterstützen – 200 Euro Zuschuss zügig auszahlen** erhöhen wir den Druck auf die Bundesregierung, endlich zu handeln. Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, die Auszahlung an sog. Schein-Studenten zu unterbinden. Als Schein-Studenten werden Menschen bezeichnet, die neben der regulären Berufstätigkeit lediglich pro forma als Student eingeschrieben sind, an Vorlesungen nicht teilnehmen und dennoch von erheblichen Vorzügen (u.a. Semesterticket für den ÖPNV, Preisermäßigungen) profitieren.

In unserem Antrag **Deutsche Strategie zum Umgang mit Russlands wachsendem Einfluss in Afrika** stellen wir fest: Russlands Einfluss in Afrika hat über die letzten Jahre signifikant zugenommen. Durch „Guerilla Geopolitics“ schafft Russland, mit wenig Einsatz hohe politische und wirtschaftliche Erträge zu erzielen. So schafft es der Kreml, eine direkte Einmischung zu verleugnen und Sanktionen zu umgehen. Diese Entwicklung ist ein Problem für deutsche und europäische Interessen vor Ort. Bisher hat die Bundesregierung es nicht geschafft, eine klare und umfassende strategische Antwort auf dieses Dilemma auf unserem Nachbarkontinent zu geben. Das tun wir mit unserem Antrag, der eine Vielzahl von konkreten Punkten aufzeigt, wie

wir dem russischen Engagement besser begegnen und in der EU eine Führungsrolle in dieser Frage einnehmen können.

Mit unserem Antrag **Expertenkreis Politischer Islamismus im Bundesministerium des Innern und für Heimat weiterführen** fordern wir: Die Bundesregierung darf den Expertenkreis Politischer Islamismus im Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) nicht auflösen. Der Expertenkreis hat die Aufgabe, verschiedene Aspekte des politischen Islamismus auszuleuchten und das BMI zu beraten. Die Bundesregierung will nun aber die Augen vor dem Phänomen des politischen Islamismus verschließen und keine externe, unabhängige Expertise mehr nutzen. Genau hier sollte der Expertenkreis im BMI wirken und die Politik hinsichtlich der Gefahren und des Vorgehens von Islamisten informieren sowie sensibilisieren. Forschungsbedarfe sollten skizziert und die nachhaltige Bekämpfung des politischen Islamismus durch einen ganzheitlichen Ansatz verbessert werden. Der Expertenkreis muss deshalb weitergeführt werden.

Für uns als Unionsfraktion ist klar: Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft ist für die Verwirklichung unserer entwicklungspolitischen Ziele essenziell. Die Vernachlässigung dieses Sektors durch das SPD-geführte Bundesentwicklungsministerium zeigt sich auch in der Kürzung entsprechender Titel im Bundeshaushalt. Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft ist jedoch unverzichtbar, um Armut in Entwicklungsländern nachhaltig zu bekämpfen. In unserem Antrag **Entwicklungspolitische Ziele durch Zusammenarbeit mit der Wirtschaft nachhaltiger erreichen** fordern wir deshalb: Dieser Ansatz muss – auch finanziell – wieder gestärkt werden. Außerdem muss geprüft werden, ob und gegebenenfalls wie die unterschiedlichen Förderinstrumente zum Engagement der deutschen Privatwirtschaft in Entwicklungsländern besser aufeinander abgestimmt werden können.

Wir brauchen eine aktivere Rohstoffpolitik, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken. Mit unserem Antrag **Deutschlands Rohstoffabhängigkeit reduzieren – Neue Rohstoffpartnerschaften auf den Weg bringen, heimische Rohstoffgewinnung stärken** fordern wir die Bundesregierung auf, jetzt die notwendigen Schritte einzuleiten. Die Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Rohstoffen ist vor allem für unsere gewerbliche Wirtschaft von existenzieller Bedeutung. Gerade vor dem Hintergrund der Folgen des russischen Angriffskriegs hat dieses Thema an Brisanz gewonnen. Die Ampel hat im Koalitionsvertrag verbesserte Rahmenbedingungen für die Erkundung heimischer Rohstoffe angekündigt, bisher aber kaum Initiative in diesem Bereich gezeigt. Es braucht ein größeres deutsches Engagement bei der Gewinnung von Rohstoffen im In- und Ausland,

z. B. durch neue Rohstoffpartnerschaften und bessere gesetzliche Rahmenbedingungen.

Die Europäische Kommission hat am 15. Februar 2022 ihre Initiative für ein zusätzliches europäisches Satellitenkommunikationssystem vorgestellt: Die „Secure Connectivity Initiative“ (SCI). Wir greifen die Vorschläge auf und fordern in unserem Antrag: **Digitale Souveränität durch den Aufbau eines europäischen Satelliten-Internets stärken**. Das neue System soll in erster Linie eine sichere Internetkommunikation für Regierungen, Streitkräfte, Behörden und Kritische Infrastrukturen ermöglichen, aber auch für private Anbieter zur Verfügung stehen. Wir fordern die Bundesregierung auf, eine führende Rolle bei der Ausgestaltung der „Secure Connectivity Initiative“ einzunehmen und Startups und KMU maßgeblichen Anteil an dieser Initiative zu gewähren.

In einem fraktionsübergreifenden Antrag fordern wir: **Meeresschutzgebiet im Weddellmeer der Antarktis jetzt einrichten**. Ziel des Antrages ist es, der Bundesregierung und der Europäischen Union Rückenwind für die anstehenden Verhandlungen für die Ausweisung eines Meeresschutzgebiets im Weddellmeer der Antarktis zu geben. Bisher blieben die bisherigen Initiativen dazu erfolglos. Auf der Ende Oktober 2022 stattfindenden Konferenz der Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis (CCAMLR) wird die EU einen erneuten Anlauf zur Unterschutzstellung dieses Meeresökosystems unternehmen. Intakte Meeresökosysteme spielen u.a. für die Sauerstoffproduktion, die Speicherung von CO₂ und die Meeresbiodiversität eine herausragende Rolle. Das bisher weitgehend von menschlichen Eingriffen verschonte Weddellmeer sollte daher unter Schutz gestellt werden.

2. Sonstige Tagesordnungspunkte

In erster Lesung beraten wir den Entwurf der Bundesregierung für ein **Gesetz zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts**. Die von der Ampel geplanten Regelungen sind aus mehreren Gründen falsch: Sie entwerten das Asylverfahren und machen den Spurwechsel zum Regelfall. Auch Mitwirkungsverweigerer und Identitätstäuscher bekommen künftig ihr „Chancen-Aufenthaltsrecht“, und das auch ohne Integration in den Arbeitsmarkt. In der aktuellen Situation muss die Ampel ein klares Stopp-Signal gegen irreguläre Migration senden. Stattdessen setzt sie den fatalen deutschen Sonderweg fort und schafft zusätzliche Anreize für mehr irreguläre Migration nach Deutschland. Die Botschaft ist: Egal ob ein Asylgrund besteht, egal ob jemand berufliche Qualifikationen hat – am Ende darf jeder in Deutschland bleiben. Der Konsens in der Mitte unserer Gesellschaft lautete

bisher: Wir sind großzügig gegenüber Schutzbedürftigen und fördern qualifizierte Migration. Wer aber keinen Schutzgrund hat und ausreisepflichtig ist, muss unser Land verlassen. Die Ampel hat sich von diesem Konsens verabschiedet.

In dieser Woche stehen zudem mehrere Vorhaben der Ampelkoalition zur Umsetzung des Entlastungspakets III zur abschließenden zweiten und dritten Lesung an. Im Einzelnen handelt es sich um das **Gesetz zur Änderung des Heizkostenzuschussgesetzes und des Elften Buches Sozialgesetzbuch** sowie das **Gesetz zur Zahlung einer Energiepreispauschale an Renten- und Versorgungsbeziehende und zur Erweiterung des Übergangsbereichs**. Für die Übergangszeit in der Heizperiode bis Januar 2023 will die Bundesregierung eine weitere Einmalzahlung (Heizkostenzuschuss II) auf den Weg bringen – insbesondere für Wohngeldempfänger. Rentner und Versorgungsempfänger sollen darüber hinaus ebenfalls von einer Einmalzahlung zum Energiepreisausgleich profitieren.

Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte - Stabilisierung sichern, Wiedererstarken des IS verhindern, Versöhnung in Irak fördern. In dieser Woche entscheiden wir in abschließender Beratung über die Verlängerung des Bundeswehreininsatzes im Irak. Die Bundesregierung schlägt eine Verlängerung vor. Dies ist auch ein Ergebnis der Überprüfung des Einsatzes, die im Rahmen des Bundestagsmandats vom 28. Januar 2022 beauftragt wurde. Der Einsatz zielt darauf ab, die irakischen Streit- und Sicherheitskräfte nachhaltig zu befähigen, die Sicherheit und Stabilität in Irak eigenständig zu gewährleisten und ein Wiedererstarken der Terrororganisation des sog. Islamischen Staates (IS) zu verhindern. Die internationale Gemeinschaft ist diesem Ziel in den letzten Jahren deutlich nähergekommen, hat es aber noch nicht erreicht. Eine Fortsetzung des Engagements ist daher notwendig, um das bisher Erreichte zu konsolidieren und tragfähig weiterzuentwickeln. Die Mandatsobergrenze verbleibt bei 500 Soldatinnen und Soldaten.

III. Wichtige Termine und Ausblick

1. Inland:

- 19. Oktober: Unternehmertag in Rottach-Egern mit BM Lindner, MP Söder und dem ukrainischen Ex-Botschafter Melnyk
- 19. Oktober: BK Scholz empfängt FRA StP Macron
- 19. Oktober: Beginn Frankfurter Buchmesse
- 19.-21. Oktober: MPK auf Schloss Herrenhausen bei Hannover

- 20. Oktober: Die Bundesinnenministerin und der BKA-Präsident stellen die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung "Sicherheit und Kriminalität in Deutschland" vor
- 21. Oktober: Bundesdelegiertenversammlung des RCDS

2. **Außen/EU:**

- 15. Oktober: Jahrestagung von Weltbank und IWF
- 16. Oktober: Beginn des Parteikongresses der Kommunistischen Partei Chinas
- 17. Oktober: Treffen der EU-Außenminister
- 20./21. Oktober: Gipfel Europäischer Rat in Brüssel (Themen: Ukraine, Energie, Wirtschaft und Außenbeziehungen)
- 21. Oktober: Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments
- 27. Oktober: Zinsentscheidung EZB